

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Republik. 1918-1930
41 (1927)**

108 (10.5.1927)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-545061](#)

Republik

Norddeutsches Volksblatt - Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg-Ostfriesland - Oldenburger Volksblatt

Hauptredaktion: Peterstraße 76
Fernsprecher Nr. 58

Wilhelmshaven-Küstringen, Dienstag, 10. Mai 1927 * Nr. 108

Preis 10 Pfennig

Einzelzettel: min. 3 Zellen ab, davon
Plaus für Flücht.-Wilhelmshav.
u. Umg. 10 Pf., Familienanzahl
5 Pf., für Einzelzettel ausserdem: On-
deren 20 Pf., Postkarten: min.
Zelle 10 Pf. 20 Pf., außer 20 Pf.
Plakat nach Zurec. Postver-
schriften (Gesamtpreis). Geschäftsrä-
ume in Oldenburg: Postamtan-
lage 52, Fernsprecher Nr. 1795

Redaktion: Peterstraße Nr. 76
Fernsprecher Nr. 58

Vor neuen Aufgaben.

Bon
Dr. Paul Her.

Der Reichstag wird am heutigen 10. Mai seine Arbeit auf neue beginnen. Mit Rücksicht auf den sozialdemokratischen Parteitag, der vom 22. bis 27. Mai in Kiel stattfindet, dürfte er bereits am 21. Mai die Sitzungsschreinerei eingehen. Am 14. Juni soll er dann wieder zusammenentreten. Man hofft dass die dahin vorliegenden Aufgaben bis Ende Juni oder Anfang Juli zu erledigen. Ob diese Annahme richtig ist, wird aber sowohl von dem Umfang der Arbeiten, als auch von der Art ihrer Erledigung abhängen.

In einer Artillerie der "Kreuz-Zeitung" hat Graf Béßarow inzwischen zu beweisen versucht, daß die Rechtskoalition in den wenigen Wochen ihrer Herrschaft ausgezeichnet gearbeitet hat und die innere Übereinstimmung der Regierungsparteien sehr weit gediehen sei. Dass die Deutschenationalen mit der bisherigen Arbeit des Rechtsblocks außerordentlich zufrieden sind, kann man angeblich ihrer Erfolge wohl verstellen. Von einer inneren Harmonie der Regierung aber ist trotz allerdem nichts zu spüren. Im Gegenteil! Die öffentlichen Auseinandersetzungen zwischen Stresemann und Curtius auf der einen, Schiele auf der anderen Seite wegen der Handelspolitik, die Gefährdung der Außenpolitik durch den Herzoglichen Vorstoß haben zu scharfen Auseinandersetzungen innerhalb der Reichsregierung geführt. Nicht Vertrauen, sondern Misstrauen ist also die Basis der jetzigen Rechtskoalition.

Trotzdem wird man die Krisengerüchte, die von einem nahen Berfall der Rechtskoalition zu berichten wissen, nicht allzuviel nehmen dürfen. Sicherlich bestehen unter den Regierungsparteien über viele Fragen erhebliche Meinungsverschiedenheiten. Das gilt in erster Linie von der Wirtschaftspolitik, die durch die schwätzlicheren Abfertigungen der Deutschenationalen sogar schon die Gegenseite der Industrie hervorgerufen haben. Auch wird man annehmen dürfen, daß Herr Stresemann über den von den Deutschenationalen gegen ihn geführten persönlichen Kampf sehr errosst ist und die Deutsche Volkspartei langsam einsieht, daß sie in der Rechtskoalition das fünfte Rad am Wagen darstellt. Dennoch ist gegenwärtig - darin hat Graf Béßarow vollkommen Recht - der Gegenrat innerhalb der bürgerlichen Parteien wesentlich geringer als der Gegenrat zwischen den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie.

Das zeigt sich ganz deutlich, wenn man die Aufgaben betrachtet, die der Reichstag vor der Sommerpause zu erledigen hat. Unter den politischen Fragen ist die bedeutsamste die Stellungnahme zum Republizifizierungsgesetz. Am 21. Juli verliest das auf fünf Jahre erlassene Gesetz seine Geltung. Das dritte Kabinett Marx hatte beschlossen, das Republizifizierungsgesetz zu verlängern und damit eine eventuelle Rückkehr des Erfolgs nach Deutschland unmöglich zu machen. Die Deutschenationalen, die durch die Zustimmung zur Verlängerung des Republizifizierungsgesetzes eine weitgehende Schwächung ihrer Stellung zur Republik vornehmen würden, sträuben sich natürlich heftig gegen diese Summutung. Das Reichskabinett hat infolgedessen bis in die letzten Tage hinein keinen Beschluss über die Einführung einer Vorlage gefasst. Aber einen Artikel des Deutschenationalen Abgeordneten Freytag-Wittenau, der auf dem rechten Flügel der Deutschenationalen steht, läßt sich entnehmen, daß nicht einmal in dieser Frage unüberwindliche Differenzen innerhalb der Regierungskoalition bestehen.

Die übrigen politischen und kulturellen Fragen gelangen aber vor der Sommerpause nicht zur endgültigen Entscheidung. Wenn das Reichsgericht gesetz, das bisher überhaupt noch nicht dem Reichsrat übergegangen ist, noch an den Reichstag gelangt, so kann es höchstens in erster Beugung beraten und dann einer Kommission überwiesen werden. Seine Verabschiedung erfolgt also freilichst im Herbst oder Winter. Letztlich steht es mit dem Strafgesetzbuch. Dieses sehr umfangreiche Gesetzgebungswerk wird ebenfalls in der Reichstagspause zunächst einer monatlangen Kommissionserörterung unterworfen.

Unter den umstrittenen wirtschaftspolitischen Fragen besitzt die Zoll- und Handelspolitik die größte Bedeutung. Der Landwirtschaftsminister hat die jetzigen Lebensmittelzölle noch zu niedrig, während die Industrie bereit ist, gegen Zugangsbeschränkungen des Auslands auf industriellm Gebiet die jetzigen Agrarsätze zu unterschreiten. Diese Meinungsverschiedenheiten spielen sowohl bei den Verhandlungen über den Handelsvertrag mit Polen als auch mit Frankreich die Hauptrolle. Hinzu kommt, daß der jetzige Zolltarif am 31. Juli d. J. abschaut. Es muss infolgedessen entweder ein neuer Zolltarif geschaffen oder der jetzige verlängert werden. Die Reichsregierung will das letztere. Doch wollen auch hierbei die Agrarier die Erhöhung der Lebensmittel-

Schweres Unwetter in der Pfalz.

Anstehend großer Sachschaden.

(Frankfurt a. M., 10. Mai. Radiosendest.) Gestern nachmittag gingen über das Gebiet des Südsalzschwemmen Unwetter nieder. Es heißt, daß die Bewohner des Gebiets solche Unwetter seit Werktagen nicht erlebt haben. Im Südsalzschwemmen sind mehrere Logen völlig zerstört. An Menschenopfern werden 11 Tote und über 100 Verletzte gemeldet.

Nach Meldungen aus New Orleans haben neue Deichbrüche am Red River katastrophal: hierdurch werden weitere 100.000 Bewohner bedroht. Nach offizieller Feststellung beträgt gegenwärtig die Zahl der Flüchtlinge 237.854. Staatssekretär Hoover, der in New Orleans eingetroffen ist, erklärt, daß er so lange im Überflutungsbereich verweilen werde, bis alle Gebiete befreit seien. Im Augenblick ist das Gebiet südlich vom Red River am meisten gefährdet. Da endete von Arbeitern und mit der Versiegelung der Mäler beschäftigt. Der Fonds des Roten Kreuzes hat eine Summe von 9,5 Millionen Dollar erreicht.

Vermüllungen eines Wirtschaftsraums in Amerika.

Das mittlere Gebiet des nordamerikanischen Staates Kansas wurde am Sonntag von einem schweren Wirtschaftsraum heimgesucht, der Stadt Hutchinson wurden über 200 Häuser schwer beschädigt, manche sogar völlig zerstört. An Menschenopfern werden 11 Tote und über 100 Verletzte gemeldet.

Nach Meldungen aus New Orleans haben neue Deichbrüche am Red River katastrophal: hierdurch werden weitere 100.000 Bewohner bedroht. Nach offizieller Feststellung beträgt gegenwärtig die Zahl der Flüchtlinge 237.854. Staatssekretär Hoover, der in New Orleans eingetroffen ist, erklärt, daß er so lange im Überflutungsbereich verweilen werde, bis alle Gebiete befreit seien. Im Augenblick ist das Gebiet südlich vom Red River am meisten gefährdet. Da endete von Arbeitern und mit der Versiegelung der Mäler beschäftigt. Der Fonds des Roten Kreuzes hat eine Summe von 9,5 Millionen Dollar erreicht.

Dorzeitiger Freudensimmel in Paris.

Die folgen einer falschen Zeitungsnachricht.

(Paris, 10. Mai. Radiosendest.) Eine gestern von den offiziellen Stellen verbreitete Nachricht, daß die beiden französischen Trägervereine bereits in Neuport eingetroffen seien, hat sich als völlig falsch erwiesen. Auf Grund der heutigen Nachrichten sind noch durchaus keine Spuren von den Fliegern zu entdecken, so daß sogar erzielte Belegnisse herreichen und zwei amerikanische Flieger wie französische und amerikanische Kreuzer auf der Suche nach den Oceanfliegern unterwegs sind. In Paris herrsche gestern den ganzen Abend eine launende Freude. Der Kriegsmünz minister hatte schon ein Glückscheinprogramm nach Nework abgeschickt, während der Gouverneur den Südländern die angeblich offizielle Nachricht in alle Welt hinzusprach. Durch die Boulevards zogen überall Miliarden und in den Restaurants feierte man den Oceanflug. Als dann in Paris erschien die ersten man den Oceanflug. Als dann in Paris erschien die Nachricht herausdruckten, daß die Anteil brüder in Amerika keinerlei Belohnung gefunden habe, drohte man die Redaktionen zu stürmen, so daß die Presse einschlafen mußte. Auch wurden Zeitungen anständig mit amerikanischen Zeitungen verpreßt. Heute morgen haben die Pariser Blätter ihre getrockneten Extra-Ausgaben sämlich wiederherstellen müssen.

Eine Mittagsabmeldung aus Nework bestätigt: Von den beiden französischen Fliegern Rungeler und Col de la Ferté-Pontarlier ist nichts mehr zu hören. Der Kriegsmünz minister hat gestern nach einer heutigen Meldung, ein seit langem gefürchteter Lustmord entdeckt und verhaftet. Zu seinen zwei Wohnungen fand man zahlreiche Kleidungsstücke eines Opfers. Es werden ihm bis jetzt acht Verbrechen an Kindern zur Last gelegt. Die Presse fordert energisch die Hinrichtung des Mörders durch Erhängen. Es soll als erster die Wiedereinführung des Todesstrafes in Italien führen. Schlägerei in Berlin-Brandenburg.

In der Berufungsverhandlung gegen Regierungsrat Barstels in Berlin kam es gestern zu einer Schlägerei zwischen den beiden Zeugen Holzman und Winkler. Zwei Justizbeamte und der milanlagte Kriminalbeamte Holzman bemühten sich, die Zeuginnen zu trennen. Das Gericht verhängte gegen Winkler eine Haftstrafe von 24 Stunden. In Bulgarien ist James Salter befreit. Nach einer Mitteilung des englischen Wölferbundes treten Sir James Salter befreit augenblicklich ein besonders ausgedehntes Kinderland in Bulgarien. Der englische Teil der Freunde für internationale Hilfsarbeit hat in Südbulgarien Müttern einen Aufruf zur Beschaffung von Mitteln veröffentlicht, um hungrige und schlecht ernährte bulgarische Kinder zu speisen. Die Geellschaft spielt目 zurzeit 2000 Kinder in Bulgarien und hofft, durch Aufrufung von 1250 Pfund Sterling die Speisung noch ein halbes Jahr lang fortsetzen zu können.

Der schwäbische Kampf der Leipziger Kupferschmiede ist am Montag zugunsten der Arbeitnehmer beendet worden. Der Spaltenlohn beträgt mit Wirkung vom 9. Mai pro Stunde 1,25 Mark und vom 1. Oktober 1927 bis 30. April 1928: 1,36 Mark. Maßregelungen dieser beiderseits nicht stattfinden.

Legt entscheidenden Wert auf die Verabschiedung des Getreidezolls von 5 Mark auf 6 Mark. Der Zollfreiheit für Getreide soll überhaupt bestätigt werden. Ebenso soll der Kartoffelzoll erhöht werden. Auch finanziell stehen wichtige Entscheidungen bevor. Die im Finanzungleichgewicht versprochene reichsrechtliche Regelung der Gewerbesteuer, der Grundsteuer und der Haussteuer soll nach den Anfündigungen von Dr. Röbler noch vor der Sommerpause erfolgen, ebenfalls die Budersteuervorlage, die mit der Erhöhung des Buderzolls verbunden wird. Auch wird die Reichsregierung einen Gesetzentwurf zur Vereinigung der Steuerverwaltung vorlegen, dessen baldige Erledigung ebenfalls gewünscht wird. Wahrscheinlich wird auch die Neuregelung der Entschädigung der Liquidationsgeschädigten beraten werden müssen und von der Reichsregierung zu verlangen sein, daß sie das Berücksichtigen auf Erhöhung der Bezüge der Kriegsbeschädigten und der Beamten einfügt.

Von den sozialpolitischen Problemen ist das Arbeitslosenversicherungsgesetz sowohl dem Umfang als der Dauerweite nach das bedeutamste. Seit Wochen beschäftigt sich der sozialpolitische Ausschuß mit der Beratung dieser schwierigen Materie. Weitere Wochen werden vergehen, ehe das Plenum des Reichstages die endgültige Erledigung vornehmen kann. Die Reichsregierung legt auf die Verabschiedung des Gesetzes vor der Sommerpause, damit der Reichstag in den nächsten Wochen nicht fehlen. Ungeachtet aller Meinungsverschiedenheiten in einzelnen ist der Rechtsblock darin einig, auf konsolidistischen Wegen durch Bevorzugung der Interessen der Bestehenden die politischen Aufgaben zu lösen. Er darf infolgedessen nicht daran, seine Versprechungen auf Schutz der Schwachen zu erfüllen. Mehr noch als in den vergangenen Monaten wird deshalb fünfzig der Schwächer Interessen der sozialdemokratischen Partei liegen. Durch soziale und entschiedene Opposition wird für diese Aufgabe zu erfüllen suchen, das Vertrauen der Volksmassen erwerben und den Tag erfolgreicher Abrechnung vorbereiten.

Die Situation in China.

Ministererklärung im englischen Parlament.

(Eigenbericht aus London.) Der englische Außenminister gab am Montag im Unterhaus auf eine Anfrage des Abgeordneten Kenworthy der Arbeiterspartei eine Erklärung über China ab, die einen neuen Ton im Kriegsmaßstab der offiziellen Chinapolitik angibt und einen neuen ausgedehnten Rückzug der britischen Diplomaten bedeutet, dessen Haupturheber wohl in den Verteilungen Großbritanniens, den Verhandlungen mit den Mächten über eine neue Note an Tschien und in den von Chamberlain ausgeführten Schritten erinnert. Zuerst erinnerte er sich an die Zusammensetzung der Tschien-Note, die einen neuen und neuen umfangreichen Rückzug der britischen Diplomaten bedeutet, dessen Haupturheber wohl in den Verteilungen Großbritanniens, den Verhandlungen mit den Mächten über eine neue Note an Tschien und in den von Chamberlain ausgeführten Schritten erinnert. Zum Schlusse begrüßte der Redner die Gelegenheit, mit den Räumen internationales Verhandeln zu können.

Der Engländer Balfour erklärte sich bereit, zu prüfen, wie die Zusammenarbeit zwischen dem kapitalistischen und dem Sozialstaat möglich ist, wobei er politische Bedenken über das russische Handelsmonopol äußert. Darauf antwortet sofort in längster Rede Präfekt (Ruhland). Das russische Handelsmonopol könne nicht mit den hohen Zöllen anderer Länder verglichen werden; es bilde ein wesentliches Stütze der russischen Gesamtmonopol. Für den ausländischen Handel bildet das Handelsmonopol eine vermeintliche Sicherheit. Russland kann auch aus eigener Kraft sich aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten herausarbeiten. — Damit ist die allgemeine Aussprache

in der Handelskommission beendet. Am Dienstag beginnen die Beratungen der drei Unterausschüsse.

In der Industriekommission richte die französische Großindustrie die Befreiungskräfte über die nationale Sicherheit und Sonderanträge der Staaten, sowie deren lebenswichtige Wirtschaftswidrigkeiten schwere Bedenken hervor. Zum Schlusse begrüßte der Redner die Gelegenheit, mit den Räumen internationales Verhandeln zu können.

Zum Abschluss der Handelskommission wurde den ganzen Montag über in der Haupträume über die landwirtschaftlichen Kreditfragen gesprochen, ohne dabei zu positiven Ergebnissen zu gelangen.

Wie wir erfahren, sind von der deutschen Regierung noch einige Spezialausschüsse zur Wirtschaftskonferenz delegiert worden, und zwar Genosse Dr. Baeder, Direktor Krämer, Minister a. D. Hamm, Reichstagsabgeordneter Lemmer und Bange vom Verband der Maschinenbauanstalten.

Der Reichspräsident in Zwischenahn.



Reichspräsident von Hindenburg sieht im Garten des Bauernhauses in Zwischenahn den amerikanischen Freiheit für die Zukunft vorbereiten.

Preußischer Landtag.

(Eigenmeldung aus Berlin.) In der Montags-Sitzung des preußischen Landtages forderten die Kommunisten sofortige Beratung ihres Antrages auf Entlassung ihres am Sonntag wegen geringfügiger Zusammenstöße verhafteten Freunde. Die Deutschnationalen erwiderten dagegen Widerpropos und damit war die Angelegenheit für das Haus erledigt.

Die Aussprache über den Entwurf für Handel und Gewerbe drehte sich vor allem um die Frage, wieweit Staat also die öffentliche Hand — im Interesse der Gesamtheit in die Privatwirtschaft eingreifen dürfe. Die Deutschnationalen vertreten den Standpunkt, daß der Staat sich gegenüber der Privatwirtschaft äußerste Beschränkung auferlegen müsse. Ihr Oberst (Soz.) stellte dagegen als Ziel der modernen sozialistischen Bewegung die Vergleichsführung der Produktionsmittel in den Vordergrund. Der Unterst (SPD) sah in der staatlichen Elektrowirtschaft z. B. keinem Hindernis für eine sozialistische Staatswirtschaft, die sie begrüßt werden. Die Konkurrenzstellung nach amerikanischem Vorbild liege durchaus nicht im Interesse einer gefundenen Volkswirtschaft. Die Nationalisierung, die im Endnuß nur der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft dienen sollte, habe vielfach die Befreiungssätze der Arbeiterschaft völlig außer Acht gelassen. Um so mehr seien jetzt sozialpolitische Folgerungen anzusehen, für die das non Rechtschaffene Arbeiterschaftsgebot nur ein türmlicher Fehler sei.

Handelsminister Dr. Schreiber nahm u. o. Gelegenheit, auf den ehemaligen Gefundenungsprozeß der Wirtschaft hinzuweisen, an dem besonders Kohlhausen, Eilen und Textilverkäufer beteiligt seien. Das läne auch in dem Rückgang der Erwerbslosenrate deutlich zum Ausdruck. Entscheidend sei allerdings die Kritikung des inneren Marktes durch Hebung der Kaufkraft der Bevölkerung. Die Besserung der Außenhandelsbeziehungen, insbesondere eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich, müsse mit allen Kräften angestrebt werden. Der Minister sprach ferner ähnlich auch für eine Vermehrung namentlich der weiblichen Gewerbeaufsicht aus. — Die Aussprache wird am Dienstag fortgesetzt.

Die Debatten in Genf.

(Genfer Eigenbericht.) Die drei Kommissionen der Wirtschaftskonferenz wählten am Montag ihre Vizepräsidenten und Berichterstatter und bestätigten die eingeschobenen Unterausschüsse. Jedes Land soll nur je einen Vizepräsidenten oder Berichterstatter erhalten. Für die deutsche Delegation ist Clemens Hermes zum Berichterstatter der Handelskommission gewählt worden. Genosse Eggers ist der Handelskommission zugewiesen. Auf Antrag der sozialistischen Arbeitnehmergruppen hat der Konferenzpräsident als Sachverständigen für die Arbeitnehmerfrage der Landwirtschaft noch den Genossen Reichstagsabgeordneten Georg Schmidt, Generalsekretär des Internationalen Landarbeiterverbandes, zur Teilnahme an der Konferenz eingeladen.

Die Handelskommission begann am Montag nachmittag mit der Diskussion über die drei französischen Resolutionen und Empfehlungsentwürfe, welche die Handelsfreiheit, die Vereinheitlichung der Warenverzeichnisse und die Stabilität sowie die Höhe der Zolltarife betreffen. Als erster Redner sprach der Schweizer Dubois, der mit Hartem Roedern für eine baldige Heraufsetzung der Zölle eintrat. Das kann brennen kann, rief er aus, „und wenn wir noch zehn oder fünfzig Jahre brauchen, um uns zum Handeln zu einigen, kann es zu spät sein.“ Hindenb (Ruhland) führte aus, daß die Handelsfreiheit im Interesse der mächtigen Länder liege; nur sie würden von einer Befreiung des Zolls am meisten profitieren. Das russische Handelsmonopol bringe keine Handelsbeschränkung mit sich. Riedl (Oesterreich) unterschätzte die Schwierigkeiten der kleinen Länder. Insbesondere möchte er prüfen, ob fünfzig nicht vollständige Zollvertragsverhandlungen von großem Nutzen wären. Der folgende Redner, Staatssekretär Trebitsch-Lincolnburg, führte aus, daß an eine konstitutive Arbeit für die Zukunft herangegangen werden müsse. Die Ursachen des Protektionismus müßten fest-

gestellt werden. Dr. Marx, der Kaiser, zum Reichsbanner, dem er zugehört? Ein britisches Gesetz läßt sich bei solchen Feststellungen nicht unterdrücken. Nach geistiger Überlegenheit führt die werdenende Bewegung. Und die beamten Leiter des Staates, die ihr werdenen, verlegen sich diesem Ruf. Das darf so nicht weitergehen.“ Wie der „Stahlhelm“ von dem die Rechtsblätter ihren Posten vornehmen, willkürlich auslaßt, darf auftreffend mit voller Objektivität die „Germania“, gleichfalls das Organ einer Regierungspartei. Sie fördelt:

Das kost ein müttige ablehnende Verhalten und die Tatsache vermerkt, daß drei Prinzen der Familie Hohenlohe „Kohl und Giese markiert seien“. Dogeneg wagt es, soweit wie leben, nur die „Kreuzzeitung“ daran hinzuweisen, daß ebenso wie der Reichspräsident von Hindenburg und der Oberbürgermeister von Berlin nicht einmal ein einziger deutschnationaler Minister bei den Verhandlungen des Stahlhelms auftritt und während die Angehörigen Hugenbergs und ihrer Kollegen diese Kleinigkeit verschweigen, ängstigt der Kreuzzeitung ein schlichtes Gesetz darüber Betriebs- und Umweltrecht.“

Das amliche Berlin hatte die Reichsabteilung verlassen. Warum wohl fragt man. Es unwillkürlich. In kein Minister deutschnationaler oder volksparteilicher Oberzweig eingewiesen? Worum mukten sie an diesem Sonntag die Räume Berlins hinter sich lassen?

Wodurch das ein Sozialdemokrat in amtlicher Stellung, wenn das Reichsbanner aufmarschiert? Benennt sich nicht auch heute noch



links: Harry Domela, der katholische Hohenloherprinz, der im Unterhauptsgesetz von Köln seiner Aburteilung wegen der von ihm verübten Beiträgen entgegensteht, steht jetzt unter dem Verdacht, an einem schweren Verbrechen beteiligt zu sein. Er handelt sich hierbei um das Verhängen des schlechthändigen Poggen Willi Schnabel aus Berlin der vier Monate darauf als Leiche aufgefunden wurde. — Rechts: Erzbischof Josef Frank. Im Verfolg der Kritik der ungarnischen Ministerpräsidenten haben beiden in die ungarnische Königsfrage in ein neues Stadium getreten. Von den verschiedenen in den letzten Tagen angekündigten Währungsverschärfungen bediente besonders Josef Frank, im Bild, zum Palatin von Ungarn geworden ist, um die Rückkehr Ottos nach Ungarn vorzubereiten. Der Erzbischof ist ein Schwiegersohn des früheren Königs von Sachsen und ein Sohn Bernhardes des italienischen Königshauses, die diesem Platz sympathisch gegenüberstehen joll. Die ganze Sache ist aber noch sehr ungewiß.

Literatur.

Das Magazin. Die beiden erschienenen Mainnummern der Zeitschrift „Das Magazin“ überzeugt wie immer durch die Höhe des Gehaltens. Mit einer Rundfrage „Die erste Liebe“ beginnt das Heft, das ganz auf den Frühling abgestimmt, ein Chap über Blumen und Frauen veröffentlicht, besondern von Dr. Otto. Pariser illustriert. Internationale Berühmtheiten füllen das Heft: Max Mc. Kinney, Andree Fontaine, Olindo Rossi, Miss Stanton, Irene Wells, Olga Boultaine, Josephine Baker, Miss Eche, Miss Murray, Sister Agnes G., Maria Den, Maria Chourouff, Valentino, Genevieve Caron, Miss Damita, Poette. Von den Kritiken nennen wir: „Was kann man von G. B. Shaw wissen?“ von Dr. Otto, „Die Weise der Welt“ von Dr. Kurt Mühlau, „Im heiligen Himmel“ von H. W. Koebner, „Die ältesten Bäume der Erde“ von Dr. J. W. Bülow, „Beliebte Berliner Geistlichen“. Die zahlreichen internationalen Bilder wechseln mit illustrierten Novellen ab, die Standardleben „Songo“, „Wein Film“, Spottbildergeschenk, „Sole Bilder“ wollen wir haben“ verbindlichendes Heft, und beweisen, daß sich „Das Magazin“ nicht umsonst einer der artigen Beliebtheit erfreut.



